

: Perspektiven auf Global Governance. Die sef: 2013

Jahresbericht



Impressum

Herausgeberin:
Stiftung Entwicklung und Frieden (sef)
Dechenstr. 2 : 53115 Bonn
Tel. 0228/ 9 59 25-10
Fax: 0228/ 9 59 25-99
E-Mail: sef@sef-bonn.org
Website: www.sef-bonn.org

© Stiftung Entwicklung und Frieden 2014

Texte: Sabine Gerhardt, Rebekka Hannes, Dr. Michèle Roth
Redaktion: Sabine Gerhardt
Design Basiskonzept: Pitch Black Graphic Design, Berlin/Rotterdam
Gestaltung: Gerhard Süß-Jung

Inhaltsverzeichnis

sef: 2013

Editorial	5
-----------------	---

Themen

Regieren im globalen Zusammenhang: Der Post-2015-Prozess als Katalysator?	7
Eine neue Agenda für nachhaltige Entwicklung: Die Rolle lokaler Akteure	10
Interview mit Franklin Oduro – Beteiligung: Ein Recht, kein Privileg	12
In globaler Verantwortung handeln: Nachhaltige Entwicklung auf lokaler Ebene	13
Interview mit Liqa Raschid-Sally – Abwasser als Ressource begreifen	14
Afrika: Trendsetter in Sachen erneuerbare Energien?	15
Interview mit Abubakar S. Sambo – Afrika braucht Gesetze für mehr erneuerbare Energie	17
Abrüstung als globale Herausforderung	18
In guter Verfassung?	19

sef: Intern

Feierliche Verabschiedung von Professor Dr. Dr. h.c. Dieter Senghaas als Vorsitzendem des Beirats	21
Finanzbericht	22

Anhang

Übersicht über die Veranstaltungen und Publikationen 2013	25
Übersicht über die Gremien 2013	28
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter 2013	30
Kooperationspartner und Förderer 2013	31

• **sef: 2013**

Editorial

Mit der zum Jahresende 2013 eingesetzten neuen Bundesregierung scheint Bewegung in die in den letzten Jahren sehr zurückhaltend und reaktiv agierende deutsche Außenpolitik zu kommen. In einer konzertierten Aktion sprachen sich Ende Januar/Anfang Februar 2014 der Bundespräsident, der Außenminister sowie die Verteidigungsministerin für ein aktiveres und stärkeres – auch sicherheitspolitisches – Engagement Deutschlands in der Weltpolitik aus. Und auch aus dem Entwicklungsministerium sind neue Töne zu hören. So sucht der neue Minister die strategische Zusammenarbeit mit den Schwellenländern und will sich zugleich dem „Chancenkontinent“ Afrika stärker zuwenden. Auch er appelliert an die Verantwortung, die Deutschland – nicht zuletzt für seinen ökologischen Fußabdruck, aber auch aus Eigeninteresse an einer gemeinsamen globalen Zukunft – in der Welt zu übernehmen hat.

Ressortübergreifendes Denken ist seit vielen Jahren eine der wesentlichen Prämissen der Arbeit der Stiftung Entwicklung und Frieden (sef:). Dies spiegelt sich auch in ihren drei eng miteinander verwobenen Programmschwerpunkten wider, die überschrieben sind mit „Neue Formen des Weltregierens auf dem Prüfstand“, „Welt im Wandel – Zukunftsfragen der Entwicklungspolitik“ sowie „Menschliche Sicherheit und internationale Verantwortung im Zeichen des Klimawandels“. Die Notwendigkeit eines umfassenden Politikansatzes zeigte sich 2013 besonders in den Diskussionen um eine neue globale Agenda für nachhaltige Entwicklung. Im Rahmen des sef: Expertenworkshops 2013 diskutierten Vertreterinnen und Vertreter internationaler Organisationen und verschiedener Ländergruppierung (z.B. G7+) mit Wissenschaftlern und Repräsentanten der Zivilgesellschaft den bisherigen Post-2015-Prozess. Dabei ging es auch um die Perspektiven globaler Politikgestaltung angesichts fundamentaler Verschiebungen im internationalen Machtgefüge.

Eine besondere und oft zu wenig beachtete Akteursgruppe rückte die sef: beim Bonn Symposium 2013 in den Mittelpunkt: die lokalen Akteure. In Format und thematischer Zuspitzung neu aufgestellt, ging die Stiftung dabei der Frage nach, wie lokale Akteure die Post-2015-Agenda mitgestalten und diese künftig bestmöglich implementieren können. Erstmals beteiligte sich die sef: 2013 auch an den Berliner Asien-Pazifik-Wochen, bei denen sie als Mitveranstalterin der Entwicklungspolitischen Tage zum Thema „Städte im Wandel – Vorreiter für nachhaltige Entwicklung“ fungierte. In Verbindung mit ihrem jährlichen Workshop für entwicklungspolitische Experten der Bundesländer stärkte sie damit ihr Kompetenzprofil im Mehrebenensystem weiter.

Dazu trug auch bei, dass die sef: 2013 erstmals mit einer eigenen Veranstaltung in Brüssel präsent

war. Bei einem Policy Briefing in der europäischen Hauptstadt stellte Klimaexperte Professor Ottmar Edenhofer seinen Beitrag zum sef: Standardwerk Globale Trends 2013 vor und diskutierte mit dem Europaabgeordneten Jo Leinen die Herausforderungen einer Globalen Energiewende. Auf den möglichen Beitrag regionaler Integration für einen Ausbau erneuerbarer Energien in Afrika fokussierte die sef: wenig später im Rahmen ihrer Potsdamer Frühjahrsgespräche 2013.

Im Rahmen ihrer 2012 neu eingeführten Publikationsreihe „Global Governance Spotlight“ beobachtete die sef: auch im Berichtsjahr unterschiedliche Prozesse globaler Politikgestaltung. Die Schwerpunkte lagen dabei auf Verhandlungsprozessen für nachhaltige Entwicklung – von der Post-2015-Agenda über globale Gesundheitspolitik bis hin zur Reform der Weltbank –, auf aktuellen Trends in der Rohstoffpolitik sowie auf Fortentwicklungen in der Regulierung des Waffenhandels und der nuklearen Abrüstung.

Für die Geschichte der sef: brachte das Jahr 2013 mit dem Rücktritt von Professor Dieter Senghaas als Vorsitzendem des Beirats eine Zäsur. Mit einem musikalischen Festakt im Bremer Rathaus dankte ihm die sef: für seine Verdienste um die Stiftung, der er seit ihrer Gründung 1986 mit wissenschaftlichem Rat und strategischen Überlegungen zur Seite gestanden hatte. Zum 1. Januar 2014 übernahm Professor Lothar Brock von der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung den Vorsitz des Beirates. Und auch im Vorstand gab es einen personellen Wechsel: Das Kuratorium hat am 29. Oktober 2013 Dr. Marianne Beisheim, Wissenschaftliche Mitarbeiterin der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), als Nachfolgerin des ausscheidenden Professor Michael Zürn berufen.

Über die oben kurz skizzierten sowie alle weiteren Aktivitäten der sef: informiert Sie der vorliegende Jahresbericht ausführlich. Vertiefende Informationen und Video-Interviews mit internationalen Fachleuten zu den angesprochenen Themen finden sich darüber hinaus auf unserer Website unter www.sef-bonn.org.

Wir freuen uns über Ihr Interesse und auf eine weiterhin konstruktive Zusammenarbeit.

Karin Kortmann
Vorsitzende des Vorstandes

Dr. Michèle Roth
Geschäftsführerin

• Themen

Regieren im globalen Zusammenhang: Der Post-2015-Prozess als Katalysator?

Die Akteure auf der internationalen Bühne organisieren sich neu. Als Folge des Aufbrechens der alten Nord-Süd-Dichotomie und durch den Aufstieg einer erheblichen Zahl von Schwellenländern bilden die Staaten des globalen Nordens wie des globalen Südens neue Allianzen und Netzwerke. Zugleich greifen sie weiterhin auf herkömmliche Strukturen und Verhaltensweisen zurück, wenn dies am erfolgversprechendsten erscheint. Das gilt nicht nur für den exklusiven früheren Machtclub der G7/8, der mehr oder weniger durch die repräsentativere G20 ersetzt wurde. Desgleichen ist auch die G77 im Wandel begriffen. Ihre führenden Mitglieder haben sich neuen Clubs wie den G20 oder den BRICS angeschlossen. Auch die Gruppe der Middle Income Countries (MICs) sucht nach neuen Wegen gemeinsamer Interessendurchsetzung, wie zuletzt im Juni 2013 auf der ersten MICs High-level Conference in Costa Rica. Und selbst die verwundbarsten Staaten der Welt haben begonnen, sich zu organisieren; mit der Gründung der g7+ wollen sich die fragilen Staaten mehr Gehör verschaffen.

Aber nicht nur sich verändernde Machtverhältnisse erschweren gegenwärtig das Regieren im globalen Zusammenhang, sondern auch enorme globale Herausforderungen wie der Klimawandel, die (In-)stabilität der Finanzmärkte, die latente Nahrungsmittelkrise und nicht zuletzt die wachsende Ungleichheit innerhalb von Staaten. Denn die meisten sogenannten Schwellenländer bleiben auf absehbare Zeit zugleich Entwicklungsland. Und in vielen vermeintlich reichen Industrieländern steigt der Anteil der (relativ gesehen) Armen kontinuierlich an.

Vor diesem Hintergrund scheint es nicht verwunderlich, dass seit Beginn des 21. Jahrhunderts herkömmliche Wege der Konsensfindung und Politik-

formulierung auf internationaler Ebene zunehmend scheitern. Die internationale Kooperation muss sich substanziell verändern – und zwar sowohl in ihrer Form, in ihrem Sprachgebrauch als auch in ihren Inhalten.

Ein Hauptschauplatz der Debatten bilden derzeit die Verhandlungen um eine Post-2015-Entwicklungsagenda, die den Millennium-Entwicklungszielen (MDGs) nachfolgen soll, sowie um eine universelle Agenda für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs). In diesen Verhandlungen geht es nicht nur um Inhalte, Reichweite und Finanzierung künftiger (globaler) Entwicklungsziele, sondern auch um eine Neujustierung der internationalen Beziehungen.

Im Rahmen eines internationalen Expertenworkshops der sef: diskutierten im September 2013 Vertreterinnen und Vertreter der Vereinten Nationen (UN), der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), der MIC und der g7+ mit Experten aus der Wissenschaft und der Zivilgesellschaft die Frage, ob der Post-2015-Prozess den Wandel hin zu einer gleichberechtigteren internationalen Zusammenarbeit beschleunigen könnte.

Universell und individuell?

Das Gewicht der Post-2015-Debatte wurde dabei unterschiedlich bewertet, auch und gerade weil bis dato zentrale Streitpunkte wie die Quote der Gelder für öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA) für die meisten Akteure deutlich an Relevanz eingebüßt haben. Zudem fehle, so die einhellige Meinung, eine Vision, die die Menschen mitreißen und für eine neue Entwicklungsagenda begeistern könnte. Verteilungsgerechtigkeit auf nationaler und internationaler Ebene könnte zu einem zentralen Anliegen werden, das allerdings substanzielle Änderungen in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen erforderlich machen würde. Trotz dieser verbreiteten Skepsis plädierten die meisten Teilnehmer für eine universelle Agenda nachhaltiger Entwicklung, die die Post-MDG-Agenda mit globalen nachhaltigen Entwicklungszielen vereint. Eine solche Agenda sollte allgemeine globale Ziele und Benchmarks beschreiben und Instrumente zu deren Überprüfung beinhalten. Sie sollte aber auch unterschiedliche regionale, nationale und lokale Modelle zur Umsetzung vorsehen sowie ggf. spezielle Ziele für einzelne Staatengruppen (z.B. fragile Staaten), die deren Bedürfnisse und Verwundbarkeiten anerkennen.

Droht mit einer universellen Agenda die Gefahr, dass Standards abgesenkt werden? Sollte der höchste vorhandene Standard als ultimatives Ziel für alle gesetzt werden? Oder müsste verstärkt mit Anreizen und flexiblen Zielen gearbeitet werden? Diese Fragen blieben ebenso offen wie die Frage nach der Existenz universeller Werte. Zwar wäre ein Konsens über allgemeine Grundrechte ein großer Schritt nach



Internationaler Experten-Workshop 2013 in Berlin

Global Governance Spotlight 6|2013

Global Governance für Gesundheit. Auf der Suche nach Führung

Cornelia Ulbert



Die ehemals unter der Führung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) zwischenstaatlich organisierte Zusammenarbeit in Gesundheitsfragen hat sich seit den 1990er Jahren deutlich verändert. Aufgrund des Querschnittscharakters ist das Thema Gesundheit mittlerweile zum Brennpunkt für Herausforderungen im Bereich von Global Governance geworden. Neben einem Mehr an Aufmerksamkeit und Finanzen hat auch die Zahl der Akteure zugenommen. Im Global Governance Spotlight 6|2013 analysiert die Autorin Dr. Cornelia Ulbert, wissenschaftliche Geschäftsführerin des Instituts für Entwicklung und Frieden (INEF), welche Konsequenzen diese Entwicklungen hervorgebracht haben und wie ihnen künftig zu begegnen ist. Sie zeichnet dabei im Wesentlichen drei Diskussionspunkte nach: 1. eine Reform der WHO, 2. eine weitere Verrechtlichung durch eine Rahmenkonvention für globale Gesundheit (Framework Convention on Global Health) und 3. die Schaffung einer neuen Koordinierungsinstanz.

vorne, der Westen müsste aber zunächst anerkennen, dass ein solch universeller normativer Rahmen neu verhandelt werden muss, so ein Teilnehmer.

„Smart sovereignty“ – eine Renationalisierung globaler Problemlösung?

Gerade die Vertreter der sich neu formierenden Staatenzusammenschlüsse warnten vor den operativen Tücken einer universellen Agenda. „Wollen wir wirklich, dass die UN jede einzelne Person in Deutschland erreicht?“, lautete eine Frage. Ein anderer Teilnehmer mahnte, die nationale Souveränität zu respektieren. Erforderlich sei eine neue Form der „smart sovereignty“, die sich für globale Ansätze offen zeige, wenn nationale Lösungen nicht tragfähig seien. Die Verantwortung für nachhaltige Entwicklung verbleibe aber bei den Nationalstaaten. Ein globales Rahmenwerk sei vor allem als Referenz für die Bevölkerungen wichtig, um die eigenen Regierungen zur Rechenschaft zu ziehen. Die Herausforderung werde darin liegen, zwischen der universellen Agenda und ihrer lokalen Umsetzung eine Brücke zu schlagen. Ein Vorschlag lautete, dass jeder Staat eine eigene nationale Agenda als Beitrag zum globalen Rahmenwerk ausarbeiten könnte. Den UN käme dabei lediglich eine unterstützende Rolle zu, während die Federführung bei den Nationalstaaten läge.

Wer sitzt am Tisch... und wer hält den Stift?

Eine Folge der sich verändernden Machtverhältnisse und der steigenden Zahl an Stakeholdern, die ihre Stimme erheben, ist die zunehmende Öffentlichkeit internationaler Verhandlungen. Während die Millenniums-Agenda noch im kleinen Kreis ohne jegliche öffentliche Aufmerksamkeit skizziert worden ist, werden Ziele und Herangehensweise einer Post-2015-Agenda in einem breiten partizipatorischen Prozess weltweit intensiv erörtert. Dies wird allgemein als Erfolg gewertet, auch weil damit unzählige unterschiedliche Interessensvertreter weltweit miteinander in einen fruchtbaren Dialog eingestiegen sind. Einige Stimmen bemängeln jedoch, dass es dem Prozess bislang an charismatischen Führungspersönlichkeiten fehlt, die die Verhandlungen vorantreiben könnten. Denn die entscheidende Frage wird sein, wie es gelingen kann, die vielen Vorschläge in einen intergouvernementalen Prozess zu übersetzen. Wie können die unterschiedlichsten Positionen in Einklang gebracht, wie Konsens in einer Welt erzielt werden, die zunehmend von Wettbewerb und Polarisierung gekennzeichnet ist? Wie kann verhindert werden, dass es letztlich nur zu einem Minimalkonsens kommt? Ein Teilnehmer warnte eindringlich davor, mit den zahlreichen Konsultationen zu hohe Erwartungen zu schüren. Trotz breiter Partizipation werde die Post-2015-Debatte letztlich in einen Beschluss der Regierungen münden. Und sehr wahrscheinlich werde es am Ende eine kleine Gruppe einflussreicher Akteure sein, die in Clubmanier das Enddokument erarbeiten werden. „Am Ende des Tages wird es darauf ankommen, wer den Stift in der Hand hält“, so die nüchterne Analyse. Schließlich gehe es immer noch um Machtpolitik – wer Einfluss nehmen möchte, muss lernen, mit diesem System umzugehen. Die Formierung neuer Allianzen wie etwa der G7+ sei hierfür eine wesentliche Strategie.

Ausblick

Kann der Post-2015-Prozess somit eine Katalysatorwirkung für einen Paradigmenwechsel in der internationalen Zusammenarbeit für Entwicklung entfalten? Die breit geführte internationale Debatte könnte zumindest wichtige Impulse bieten. Folgende Aspekte sind dabei von zentraler Bedeutung:

- Die Millennium-Entwicklungsziele wurden weithin als gebergetrieben wahrgenommen. Im Gegensatz dazu führen die Debatten für die Zeit nach 2015 derzeit weltweit die unterschiedlichsten Interessengruppen in einem offenen und fruchtbaren Dialog zusammen. Dieses Momentum gilt es zu wahren. Selbst unter der Einschränkung, dass das endgültige Übereinkommen aus praktischen Gründen selektiv formuliert und von einer kleinen Gruppe von Personen ausgehandelt werden wird, scheint es schwer vorstellbar, dass die vielen Stimmen der vorausgegangenen Diskussionen dabei komplett ignoriert werden.

Dennoch wird es eine auch kommunikative Herausforderung werden, möglichen Enttäuschungen bei den unzähligen Stakeholdern dieses Prozesses entgegenzuwirken.

- Es wäre ein großer Schritt nach vorne, wenn sich die Mitglieder der Vereinten Nationen auf nachhaltige Entwicklungsziele mit universaler Geltung einigen könnten. Auch wenn deren Befürworter derzeit in der Mehrheit zu sein scheinen, bleibt die Durchsetzung einer globalen Agenda (mit direkten Auswirkungen auch auf den Norden) eine große und vor allem mentale Herausforderung, die eine vollständige Abkehr von traditionellen Denkmustern der bisherigen Entwicklungspolitik und Entwicklungshilfe verlangt. Selbst wenn in einer solchen Agenda, um überhaupt konsensfähig zu sein, manche Standards zunächst (zu) niedrig angesetzt werden, scheint dies der einzige Weg, dem weit verbreiteten Paternalismus in den internationalen Beziehungen entgegenzuwirken sowie Vertrauen und Glaubwürdigkeit für weitere gemeinsame globale Projekte aufzubauen.
- Eine solch universale Agenda würde einen globalen Referenzrahmen für nachhaltige Entwicklung definieren; sie müsste aber notwendigerweise ein hohes Maß an Flexibilität bei der Formulierung nationaler Ziele gewähren. Um dabei nicht eine weitere Absenkung von Standards zu riskieren,

Global Governance Spotlight 7|2013

Die Minamata-Konvention. Hin zu einer Welt ohne Quecksilber?

*Elena Lymberidi-Settimo/
Michael T. Bender*

Am 10./11. Oktober 2013 trafen sich im japanischen Minamata Regierungsvertreter aus aller Welt zur Unterzeichnung eines

neuen Umweltabkommens. In den 1950er Jahren war Minamata Schauplatz einer massenhaften Quecksilbervergiftung durch ungereinigtes Abwasser eines Chemiewerks geworden. Die seit 2009 im Rahmen des UN-Umweltprogramms UNEP ausgehandelte Quecksilber-Konvention hat nun zum Ziel, die menschliche Gesundheit und die Umwelt vor anthropogenen Quecksilber-Emissionen zu schützen.

Im Global Governance Spotlight 7|2013 beschreiben Elena Lymberidi-Settimo und Michael T. Bender die Entstehungsgeschichte sowie die Stärken und Schwächen dieses neuen Abkommens. Sie enden mit einem Appell an alle Staaten, die Konvention schnell zu ratifizieren und die Zeit bis zu ihrem Inkrafttreten für vielfältige Maßnahmen zum Schutz vor Quecksilberemissionen zu nutzen.



Global Governance Spotlight 8|2013

Quo Vadis, Weltbank? Zur Reform der sozialen und ökologischen Standards *Christian Scheper*



Zum ersten Mal widmet sich die Weltbank einer umfassenden Reform ihrer Umwelt- und Sozialstandards. Sie kann damit wichtige Weichen für die Zukunft der Finanzierung und Ausgestaltung von Entwicklungsprojekten sowie der Transparenz und Rechenschaftspflicht internationaler Finanzinstitutionen stellen. Ihre sogenannten Safeguard Policies setzen die entscheidenden Standards für die sozial-ökologische Ausgestaltung von weltweiten Entwicklungsprojekten der Bank und die Sorgfaltspflichten beteiligter Institutionen. Sie sind jedoch veraltet und unzureichend. An derart nach Beginn des zweijährigen Revisionsprozesses ist weiterhin unklar, ob die Reform die notwendigen Impulse setzen wird.

Christian Scheper, wissenschaftlicher Mitarbeiter am INEF, analysiert in seinem Global Governance Spotlight den vielschichtigen Reformdruck der Weltbank und wagt einen Ausblick hinsichtlich der Wirksamkeit des Reformprozesses.

müssten gleichzeitig auf den verschiedenen politischen Ebenen starke Mechanismen zur Rechenschaftspflicht etabliert werden. Darüber hinaus sollte auch die Zusammenarbeit mit einer Vielzahl von neuen (und alten) Partnern, Initiativen und Netzwerken unter dem Dach eines globalen Rahmenwerks Berücksichtigung finden – insbesondere im Hinblick auf die praktische Implementierung.

- Schließlich wird das System der Vereinten Nationen seine Rolle in der internationalen Zusammenarbeit für Entwicklung teilweise neu definieren müssen. Offen ist, ob die UN in der Lage sein werden, strittige Punkte zu lösen. Möglicherweise wird es anderer Foren – etwa der G20 – bedürfen, um einen politischen Konsens zwischen den Hauptkontrahenten zu erzielen. Die zentrale Funktion als offenes Diskussionsforum für globale Herausforderungen und Strategien zu ihrer Überwindung nach dem Grundsatz der gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortung dürfte aber auf Dauer bei den UN verbleiben. Zugleich sollten die UN die notwendigen systemischen Veränderungen vor allem im Hinblick auf das internationale Finanz- und Wirtschaftssystem voranbringen, die zu einer Neubelebung von Global Governance führen können.

Eine neue Agenda für nachhaltige Entwicklung: Die Rolle lokaler Akteure

Seit Beginn des 21. Jahrhunderts nehmen die Widerstände gegen Global Governance zu. Trotz dieses negativen Trends wird allgemein erwartet, dass sich die Staats- und Regierungschefs der Welt im Jahr 2015 auf eine Folgeagenda für die Millennium-Entwicklungsziele (MDG) verständigen werden. Global und national wird intensiv über deren thematische Ausgestaltung diskutiert. Prominente Stimmen werben dabei für einen Paradigmenwechsel weg von



Bonn Symposium 2013: Frank Bliss, Mirjam Gehrke, Franklin Oduro, Julian Petrin und Kurt-Michael Baudach (v.l.n.r)

einer reinen Entwicklungs- hin zu einer globalen Agenda mit Verantwortung für Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländer. Zu den Befürwortern einer solchen Lösung zählt auch das „High-level Panel of Eminent Persons on the Post-2015 Development Agenda“, das Ende Mai 2013 seinen Bericht „A new global partnership: eradicate poverty and transform economies through sustainable development“ veröffentlichte.

Der Bericht des High Level Panel betont an mehreren Stellen die Bedeutung der lokalen Ebene für eine neue globale Agenda. So heißt es etwa: „Die lokalen Behörden bilden eine wichtige Brücke zwischen den nationalen Regierungen, Gemeinden und Bürgern (...). Sie (die lokalen Behörden) haben eine entscheidende Rolle bei der Prioritätensetzung, der Implementierung, dem Monitoring der Ergebnisse sowie bei der Beteiligung der lokalen Unternehmen und Gemeinden.“

Um diese Aufgaben ausüben zu können, müssten lokale Akteure allerdings stärker als bislang die Möglichkeit erhalten, auch die Inhalte der neuen Agenda mitzubestimmen und nicht lediglich für die Umsetzung der Beschlüsse herangezogen werden. Das Bonn Symposium 2013 der Stiftung Entwicklung und Frieden (sef:), durchgeführt in Kooperation mit der Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und

Medien des Landes Nordrhein-Westfalen sowie der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW), diskutierte deshalb die Fragen, wie sich die lokale Ebene in den aktuellen Verhandlungen eine stärkere Stimme verschaffen kann, was sich die Akteure von einer Post-2015-Agenda erwarten und vor welchen Herausforderungen und Chancen die Kommunen in den kommenden Jahren stehen werden.

Ein eigenes Ziel für lokales Engagement?

Entwicklung als gesamtstaatliche und gesamtgesellschaftliche Aufgabe macht es nötig, dass alle Ebenen im Sinne des Subsidiaritätsprinzips ihren Teil beitragen, so auch Länder, Städte und Kommunen. Die aktuelle Debatte bietet ihnen dabei die Chance, bereits existierende Strukturen und vorhandenes Engagement weiter mit Leben zu füllen und auszubauen. Dies kann aber nur gelingen wenn Know-how und Ideen der lokalen Ebene auch in die Verhandlungen eingebracht werden. Beim Agenda-setting müssen jene mitentscheiden dürfen, die später einen Hauptteil der Implementationsarbeit zu verrichten haben. Nur wenn sich ihre Realität mit allen Herausforderungen und Chancen auch in der Agenda widerspiegelt, werden sie diese später tatsächlich tatkräftig unterstützen. In diesem Punkt herrschte unter den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Bonn Symposiums große Einigkeit.

Anders sah es bei der Frage aus, wie konkret sich die stärkere Berücksichtigung der lokalen Ebene in der Agenda niederschlagen soll. Hierzu wird auch inter-

Foreign Voices 4|2013

The Post-2015 Development Agenda. Addressing Structural Injustice *Rehman Sobhan*



In Ausgabe 4|2013 der Foreign Voices analysiert Professor Rehman Sobhan vom Centre for Policy Dialogue (CPD) in Dhaka die strukturellen Ursachen von Armut und Ungleichheit. Er kritisiert, dass die MDG-Agenda statt der Ursachen nur die Symptome von Armut im Blick hatte. Für eine künftige Entwicklungsagenda schlägt er eine Reihe von politischen Ansätzen zur Beseitigung der strukturellen Ursachen von Armut auf nationaler wie internationaler Ebene vor. Darunter fallen unter anderem eine Beteiligung der Armen am produktiven Vermögen, ein gerechterer Zugang zu Märkten sowie eine Demokratisierung von Governance. International drängt Sobhan auf eine Demokratisierung globaler Institutionen, auf eine fairere Beteiligung an globalen Wertschöpfungsketten sowie auf eine verstärkte Süd-Süd-Kooperation.

national heftig verhandelt: So machen sich verschiedene Stakeholdergruppen wie etwa die United Cities and Local Governments (UCLG) für ein eigenes Ziel „Stadt“ stark, während andere die lokale Ebene als Teil eines übergeordneten sektoralen Ziels wie *good governance* oder als generelles Querschnittsthema in den Zielkatalog aufnehmen möchten. Die deutsche Bundesregierung hat sich hierzu nicht eindeutig positioniert, ließ die Vertreterin des BMZ wissen. Das Argument mancher Konferenzteilnehmer, ein eigenes Ziel könne nur schwer mit Indikatoren versehen werden, wies sie wie auch andere Panelisten zurück. Aus ihrer Perspektive sieht sich gerade die lokale Ebene weltweit mit ähnlichen Herausforderungen konfrontiert, die zur Entwicklung von Indikatoren herangezogen werden könnten. Überschwemmungen, wachsende Müllberge oder knappe Kassen betreffen die Menschen in Deutschland ebenso wie auf den Philippinen oder in Ghana. In jedem Falle müsse aber vermieden werden, wichtige Ziele nur als *guiding principles* zu verankern, warnte Nicola Crosta vom Kapitalentwicklungsfonds der Vereinten Nationen (UNCDF) auf dem Bonn Symposium: „A way to kill issues is to mainstream them in the main declaration“.

Ungleichheit im Fokus einer neuen Agenda

Dies gilt auch für die Adressierung des so wichtigen Themas wachsender Ungleichheiten. Das Problem sind dabei nicht nur Ungleichheiten der Staaten untereinander, sondern vor allem auch innerhalb eines Landes. Dies gilt nicht nur hinsichtlich des Einkommens, sondern auch im Hinblick auf Bildungschancen oder Gesundheitsvorsorge und den Unterschieden zwischen den Geschlechtern oder der Stadt- bzw. Landbevölkerung. Eine global gültige Agenda könnte darauf eingehen, so wurde beim Bonn Symposium diskutiert, indem sie bspw. jeder Regierung die Freiheit gibt selbst zu entscheiden, wieviel Ungleichheit sie in ihrem Staat zulässt. In jedem Fall muss die wachsende Kluft, die sich weltweit in ganz unterschiedlichen Gesellschaften auftut, verringert werden. Dies sei vor allem vom Engagement der lokalen Ebene abhängig, eine Post-2015-Agenda müsse daher lokalisiert werden, war von einigen Teilnehmern des Bonn Symposiums zu vernehmen. So auch von Nana Ato Arthur, Mitglied des ghanaischen Parlaments, der die dafür notwendigen Erfordernisse anhand des Dezentralisierungsprozesses in Ghana darstellte. Andere Panelisten mochten sich dieser Argumentation jedoch nicht anschließen, und so wurde intensiv diskutiert, ob Ungleichheiten auf lokaler Ebene durch das Festhalten an Traditionen und Gebräuchen nicht noch stärker etabliert seien als etwa auf nationaler Ebene.

Eine Frage der Ressourcen

Im Rahmen des Symposiums wurde rasch deutlich, dass eine Lokalisierung der Post-2015-Agenda kein Selbstläufer für Entwicklung ist. Vielmehr setzt sie

neue Politikmodelle voraus, die die lokale Ebene auch finanziell stärken: Solange weltweit durchschnittlich nur 8 Prozent aller finanziellen Ressourcen vor Ort ankommen, werden die Akteure dort die wachsenden Aufgaben kaum stemmen können. Ulrich Nitschke, Leiter des Local Governance and Civil Society Development Programme der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) in Ramallah, belegte dies auf dem Bonn Symposium sehr anschaulich mit Beispielen aus den Palästinensischen Autonomiegebieten. Wie die finanzielle Ausstattung der lokalen Ebene künftig verbessert werden kann, hängt auch davon ab, wie sich der internationale „Financing for Development“-Prozess im Hinblick auf eine übergreifende Strategie für nachhaltige Finanzierung entwickeln wird. Die Vereinten Nationen haben hierzu im Nachgang des Rio+20 Gipfels ein Expertenkomitee berufen, dessen Vorschläge für das Jahr 2014 erwartet werden. Für Nicola Crosta war jedenfalls klar, dass angesichts der Dringlichkeit, mit der Gelder benötigt werden, und den weltweit sinkenden Budgets staatlicher Entwicklungszusammenarbeit (Official Development Assistance, ODA) eine Konzentration auf neue Finanzierungsformen notwendig sein wird: Neben Geldern privater Stiftungen maß er auch den ausländischen Direktinvestitionen (Foreign Direct Investments, FDI) eine große Rolle zu und stieß damit bei anderen Teilnehmern auf Widerstand. Gelder aus



Yves Cabannes beim Bonn Symposium 2013

der Privatwirtschaft entzögen sich der Kontrolle, ob sie entwicklungsförderlich eingesetzt werden, und könnten damit nicht ODA-Mittel ersetzen. Es bleibt abzuwarten, mit welchen Instrumenten die Architekten einer Post-2015-Agenda diesen Diskurs lösen werden.

Beteiligung: Ein Recht, kein Privileg

Interview mit Dr. Franklin Oduro
Leiter der Abteilung Forschung und Programme am
Ghana Centre for Democratic Development, Accra

Herr Oduro, Partizipation gilt heute als ein unverzichtbarer Baustein für gute lokale Regierungsführung und damit auch für nachhaltige Entwicklung. Wie können Sie die Teilnahme der Bürger in Debatten fördern und sie so aktiv in Agenda-Setting-Prozesse einbinden?

Oduro: Am Ende des Tages kann es ohne Bürger keine Entwicklung geben. Daher ist es wichtig, sie zu beteiligen. In Bezug auf das Agenda-Setting müssen Bürger und Gruppen über Partizipationsprozesse informiert werden und einen Raum für Beteiligung geschaffen bekommen. Es gibt ganz unterschiedliche Formen dies zu tun: So können etwa Treffen im Rathaus organisiert werden, bei denen die Bürger mit lokalen Behörden zusammenkommen, um Fragen, die ihnen besonders wichtig erscheinen, zu diskutieren.



Global Governance Spotlight 1|2013

Die Post-2015-Agenda. Gemeinsame Ziele für Entwicklung und Nachhaltigkeit

Jens Martens

In den kommenden drei Jahren wird über die Zukunft der Millennium-Entwicklungsziele entschieden, die die Entwicklungspolitik seit der Jahrtausendwende maßgeblich geprägt haben. Gleichzeitig wird an der Formulierung globaler Ziele für nachhaltige Entwicklung gearbeitet. Vor diesem Hintergrund analysiert der Autor Jens Martens, Geschäftsführer des Global Policy Forums Europe und Mitglied im Beirat der Stiftung Entwicklung und Frieden, in der Ausgabe 1|2013 unserer Global Governance Spotlight Reihe die notwendigen Schritte hin zu einer neuen „holistischen“ Agenda, die den zentralen Herausforderungen für Entwicklung und Nachhaltigkeit in der Zukunft gerecht werden kann.



Was beinhaltet eine wirklich inklusive Partizipation?

Wirkliche und gerechte Teilhabe ist nur in einem rechtlichen und politischen Umfeld möglich, das allen, auch den marginalisierten und verletzbaren Bürgern, Einfluss auf Entscheidungsprozesse zusichert. Es gibt Gesellschaften, in denen es den Menschen bis heute nicht möglich ist, sich mit ihren lokalen Behörden auszutauschen. Wir brauchen daher Gesetze, die den Raum für Beteiligung schaffen und die Bürger stärken. Zweitens, und das scheint mir noch wichtiger, kommt es auf die Information an. Oft wissen die Menschen gar nicht, welche Rechte ihnen eigentlich zustehen und was sie einfordern können. Wenn etwa Bürger mit einer Behinderung nicht wissen, dass ihnen per Gesetz eine bestimmte Menge an Finanzmitteln zusteht, können sie diese bei den Behörden auch nicht für sich reklamieren. Information ist daher von zentraler Bedeutung, und sie muss auch von den städtischen Behörden selbst kommen.

Wie stellen Sie sicher, dass Partizipation über ein entsprechendes Projekt hinaus eingefordert wird?

Die Unterstützung von Nichtregierungsorganisationen und Gebern ist vor allem gut für die Anfangsphase. Im Laufe des Projekts müssen diese dann jedoch eine bestimmte Art von Nachhaltigkeit schaffen. Das gelingt am besten durch Bewusstseinsbildung. Sie müssen den Bürgern vermitteln, dass Beteiligung ein Recht und kein Privileg ist und sie dieses nutzen sollten. Es ist auch hilfreich, den Menschen zu sagen, dass diese Rechte etwa durch UN-Konventionen oder nationale Gesetze verbrieft sind.

Was erwarten Sie von einer Post-2015-Agenda in Bezug auf die lokale Entwicklung?

Bei einer Post-2015-Agenda steht die menschliche Entwicklung im Vordergrund. Das bedeutet, dass die Begünstigten einer solchen Entwicklung auch an den Diskussionen über bestimmte Ziele beteiligt werden sollten. Und weil die Kommunen und/oder Gemeinden, in denen die Menschen leben, mit ihren Entscheidungen zentral dazu beitragen müssen, dass die Bürger von einer solchen Agenda profitieren, spielen sie eine besonders wichtige Rolle. Insofern muss gute lokale Regierungsführung als Ziel oder als bedeutendes Instrument zur Zielerreichung in einer neuen Agenda verankert werden.

In globaler Verantwortung handeln: Nachhaltige Entwicklung auf lokaler Ebene

In der Umsetzung einer globalen Nachhaltigkeitsagenda kommt der lokalen Ebene eine elementare Aufgabe zu. Städte, Kommunen, Regionen und Bundesländer sind gefordert, ihre eigenen, den jeweiligen Gegebenheiten angepassten Strategien zu entwickeln, um nachhaltige Entwicklung möglich zu machen. Doch die lokale Ebene muss und kann noch viel mehr leisten: Denn in Gemeinden und Städten wird für jedermann greifbar, wie verzahnt Umwelt- und Wirtschaftspolitik, Verkehrs- und Wohnbaupolitik sowie viele weitere für das alltägliche Leben wichtige Bereiche sind. Auf der lokalen Ebene kann am ehesten ein Bewusstseinswandel hin zu mehr Nachhaltigkeit befördert werden und eine Einbeziehung der Zivilgesellschaft und partizipative Politikgestaltung am ehesten gelingen.

Eine neue „Entwicklungsinnenpolitik“

Vor diesem Hintergrund legen auch die deutschen Bundesländer in ihrer Entwicklungspolitik in den letzten Jahren einen größeren Fokus auf die Kon-



Entwicklungspolitische Fachtage im Rahmen der Asien-Pazifik-Wochen 2013 im Haus der Evangelischen Kirche, Berlin

sequenzen ihres eigenen Handelns in der Welt. Die rund 40 entwicklungspolitischen Experten aus Bundesländern, von BMZ, GIZ, Engagement Global und ausgewählten Nichtregierungsorganisationen, die sich im März 2013 in Düsseldorf zum Länderworkshop der sef: trafen, waren sich einig, dass die Entwicklungs- und Nachhaltigkeitspolitik der Länder auch eine „Entwicklungsinnenpolitik“ sei. Diese müsse eine Art „Internationalismus im eigenen Land“ verkörpern, so Dr. Albert Statz, Mitglied des Beirats für nachhaltige Entwicklung Brandenburg. Die Teilnehmer zeigten sich zuversichtlich, dass der Post-2015-Prozess auch eine Renaissance der lokalen Agenden bedeuten könne.

Die Auswirkungen des eigenen Handelns

Die Auswirkungen des Handelns der lokalen Behörden werden unter anderem in der öffentlichen Beschaffung deutlich. Unser derzeitiges Einkaufs- und Konsumverhalten – auf privater wie auf öffentlicher Ebene – basiere häufig auf umweltbelastenden und sozial beeinträchtigenden Mustern, kritisierte Dr. Lale Akgün, Leiterin der Stabsstelle für faire und nachhaltige Beschaffung des Landes Nordrhein-Westfalen. Die Ländervertreter stimmten überein, dass eine Bewusstseinsbildung über die weltweiten Konsequenzen eigener Handlungen wichtig sei. In öffentlichen Einrichtungen könne diese z.B. durch Schulungen gefördert werden. In Städten und Kommunen kommt auch Unternehmen – oft vor allem kleinen und mittelständischen – eine wichtige Rolle zu, wenn es um die Beachtung ethischer, sozialer und ökologischer Kriterien geht. Mit sozialem Engagement auf lokaler Ebene können Unternehmen mit gutem Beispiel voran gehen. Ein weiterhin elementares Element der Entwicklungs- und Nachhaltigkeitspolitik der Länder ist entwicklungspolitische Bildungsarbeit. Diese sei „der Kern dessen, was die Entwicklungspolitik der Länder vor Ort leisten kann“, so Georg Krämer, langjähriger Fachkoordinator für Globales Lernen in Nordrhein-Westfalen.

Partizipation als Schlagwort

Die Verantwortung der lokalen Ebene für nachhaltige Entwicklung diskutierte die sef: ebenfalls während der Entwicklungspolitischen Fachtage im Rahmen der Asien-Pazifik-Wochen in Berlin. In Zeiten anhaltender rapider Urbanisierung ist die Umsetzung „grüner Konzepte“ für Städte nicht nur wettbewerbsentscheidend, sondern auch überlebenswichtig. In vielen Entwicklungsländern findet nachhaltige Stadtentwicklung jedoch nach wie vor von oben herab und ohne nennenswerte Einbindung der Zivilgesellschaft statt. „Die Bürger werden nicht als Akteure betrachtet“, kritisierte Anh Le Dieu von der Association of Cities in Vietnam (ACVN).

Doch auch augenscheinlich partizipative und kollaborative Stadtplanung hält oft nicht das, was sie verspreche, wie Rupali Gupte vom Collective Research Initiatives Trust (CRIT) in Mumbai anhand eindrucksvoller Beispiele erläuterte. Hinter Partizipation und Beteiligung auf der lokalen Ebene verbirgt sich häufig lediglich ein rhetorisches Bekenntnis, ohne dass sich die Paradigmen der traditionellen Stadtplanung verschoben haben. Julian Petrin von Nexthamburg hat deshalb das Wort „Beteiligung“ aus seinem Wortschatz gestrichen und durch „Kollaboration“ ersetzt. Kollaboration müsse aus der Gemeinschaft heraus entstehen und von formalen Akteuren nur in Erwägung gezogen werden, wenn sie wirklich dahinter stehen: „Love it or leave it“, so das Credo Petrins.

Abwasser als Ressource begreifen

Interview mit Liqa Raschid-Sally,
International Water Management Institute (IWMI),
Colombo

Frau Raschid-Sally, warum wird es immer wichtiger, Abwasser als Ressource zu begreifen?

Raschid-Sally: Mit fortschreitender Globalisierung leben immer mehr Menschen in Städten. Entsprechend entsteht auch immer mehr Abwasser in Städten, das irgendwie entsorgt werden muss. Es wäre ein großer Gewinn, wenn wir versuchen würden, den maximalen Wert aus diesem Abwasser zu gewinnen. Gleichzeitig wäre es ein großer Fortschritt, die



Abwasserentsorgung als Geschäftsmodell zu betrachten. Nur so können wir eine umfassende Behandlung und eine angemessene Entsorgung von Abwasser erreichen.

Neben diesem Potenzial von Abwasser erleben immer mehr Länder eine wachsende Wasserknappheit. Jeder Tropfen Wasser

zählt, um diesem Mangel zu begegnen. Mit zunehmender Wasserverknappung wird den Städten und ihren Bewohnern eine Priorität eingeräumt. Dies geschieht zum Nachteil der Landwirte, die so ihre Pflanzen nicht ausreichend bewässern können. Abwasser dem Agrarsektor zurückzuführen, würde die Konsequenzen der Wasserknappheit ungemein abschwächen.

Welche einfachen und kosteneffizienten Maßnahmen zur Behandlung von Abwasser können in Entwicklungsländern ohne großen technologischen und finanziellen Aufwand umgesetzt werden?

Eine der Methoden, die üblicherweise für Entwicklungsländer vorgeschlagen wird, ist die Abwasserbehandlung in Lagunen oder stabilisierenden Bassins. Dieser Ansatz wird recht weitverbreitet genutzt. Es besteht allerdings ein Problem mit der Fläche, die zu diesem Zweck benötigt wird. In kleineren Gemeinden ist dieses Vorgehen in gewissem Umfang möglich. In größeren Städten, in denen viel Abwasser produziert wird, ist das Entfernen und die Behandlung von Abwasser mit diesem geringen Einsatz an Technologie jedoch problematisch. Deshalb gibt es inzwischen in Städten in Entwicklungsländern eine Tendenz hin zu dezentralisiertem Abwassermanagement. Das erfordert weniger Technik und Instandhaltung, was eines der Hauptprobleme in Entwicklungsländern ist. Zu diesen Systemen zählen z.B.

Biogasreaktoren oder Biokläranlagen, die eine hohe Konzentration an Bakterienflora zur Behandlung des Abwassers auf einer kleinen Fläche nutzen.

Was sind aktuelle Forschungsfelder hinsichtlich der Nutzung von Abwasser?

Meine eigene Organisation, das International Water Management Institute, arbeitet auf der einen Seite an kostengünstigen Methoden, mit denen die Risiken minimiert werden können, die auftreten können, wenn Abwasser, vor allem nicht oder nur teilweise behandeltes, von Landwirten genutzt wird. Auf der anderen Seite versuchen wir herauszufinden, welche Rolle die Sicherheit von Abwasser sowie die Kostendeckung in Beispielen guter Praxis für die Nutzung von Abwasser spielen. Außerdem untersuchen wir, warum diese Beispiele in einer bestimmten Situation erfolgreich sind.

Wir möchten gerne verstehen, warum sie funktionieren und was die Erfolgsfaktoren sind, um diese Methoden schließlich auszubauen. Es ist wichtig, Beispiele guter Praxis als Geschäftsmodell zu verstehen – sowohl in ökonomischer als auch in finanzieller Hinsicht. Nur so lässt sich herausfinden, welche Faktoren im Umfeld vorhanden sein müssen, um ein Modell erfolgreich zu machen, und wie Anreize für den Privatsektor geschaffen werden können, um in diese Modelle zu investieren. Dies ist ein neues spannendes Forschungsfeld im Kontext von Recycling und Abwasserwiederverwertung, das auch hinsichtlich der Sustainable Development Goals (SDGs) eine größere Rolle spielen sollte.

Afrika: Trendsetter in Sachen erneuerbare Energien?

Gold, Öl, Diamanten, Coltan – wird heute über Afrikas Reichtum berichtet, sind in erster Linie Bodenschätze aller Art gemeint. Doch mit seinen erneuerbaren Ressourcen wie Wind, Wasser und Sonne gilt der Kontinent, der seine Elektrizität noch zu 82 Prozent aus fossilen Brennstoffen speist, bei Experten auch als mögliches Eldorado für den Einsatz erneuerbarer Energien. „Es liegt an der Politik, hier die Trendwende herbeizuführen“, eröffnete Professor Abubakar Sambo, energiepolitischer Berater des nigerianischen Präsidenten und Mitglied Afrikas im Weltenergieerat, mit seiner Keynote die Potsdamer Frühjahrsgespräche 2013. Im Rahmen der Veranstaltung, die von der sef: in Kooperation mit der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), dem Karl-Renner-Institut und WeltTrends durchgeführt wurde, diskutierten Expertinnen und Experten aus dem In- und Ausland zwei Tage, wie man den Zugang zu Energie auf dem afrikanischen Kontinent nachhaltig (d.h. auf erneuerbarer Basis) verbessern und welchen Beitrag regionale Integration dabei leisten kann.



Potsdamer Frühjahrsgespräche 2013: Lucius Mayer-Tasch, John Kasagga Kuteesakwe und Christian Bachmann (v.l.n.r.)

Fehlte lange Zeit der politische Wille zum Wandel, zeigen sich die afrikanischen Staatschefs, zuletzt auch im Windschatten der „Sustainable Energy for All“-Kampagne (SE4All) der UN im Jahr 2012, zunehmend engagiert. Im Jahr 2011 etwa verabschiedeten 46 afrikanische Länder das Abu Dhabi Communiqué on Renewable Energy for Accelerating Africa's Development und kündigten im Rahmen der All Africa Energy Week im Jahr darauf an, ihre Entwicklungspläne vorantreiben zu wollen.

Regionale Initiativen

Um Energie zugänglich und bezahlbar zu machen, bemühen sich aber besonders auch verschiedene regionale Wirtschaftsgemeinschaften (RECs) um ko-

Foreign Voices 3|2013

Regional Energy Integration in West Africa. The journey so far *Hyacinth Elayo*



In der Ausgabe 3|2013 der Foreign Voices analysiert Hyacinth Elayo, Analyst am Zentrum für Erneuerbare Energien und Energieeffizienz bei der ECOWAS, die zentralen Herausforderungen einer verbesserten Energieversorgung in der Region Westafrika und zeigt auf, wo Fortschritte bereits im Gang sind. Zentral für den Erfolg sei vor allem eine verbesserte regionale Integration, die sich etwa durch eine intensivere Zusammenarbeit im Bereich grenzüberschreitender Infrastrukturprojekte für die Strom- und Gasversorgung sowie in der Nutzung von erneuerbaren Energien ausdrücke. Bislang sei der regionale Energiemarkt trotz der enormen Ressourcen in den 15 ECOWAS-Mitgliedstaaten weitgehend unterentwickelt, was auch dringend benötigte ausländische Investitionen erschwere. Diese seien aber essenziell, um durch die Bereitstellung der sozialen Grundversorgung auch die Erreichung der Millennium-Entwicklungsziele (MDG) zu verwirklichen, argumentiert der Autor.

härente, konsistente und verlässliche Entwicklungsstrategien für eine verbesserte Energieversorgung. Aus Sicht afrikanischer Konferenzteilnehmer ist dies besonders wichtig: So sind nationale Regierungen oftmals nicht gewillt, auf ihre eigenen Fachleute zu hören, nehmen aber Vorschläge der RECs eher an. Mit Hyacinth Elayo war in Potsdam ein Vertreter des Zentrums für erneuerbare Energien und Energieeffizienz (ECREEE), einer Einrichtung der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS, Economic Community Of West African States), vertreten. Die Situation in Westafrika ist verglichen mit anderen Regionen auf dem Kontinent besonders schwierig. ECREEE wurde daher mit der Aufgabe gegründet, in der Region Energiezugang, -sicherheit und -effizienz voranzutreiben. Die Arbeit trägt bereits erste Früchte: So haben die ECOWAS-Mitgliedstaaten im Oktober 2012 durch die Verabschiedung zweier Strategiepapiere ihren politischen Willen demonstriert, grüne Energie voranzubringen und damit den universellen Zugang zu Elektrizität in der Region bis 2030 sicherzustellen. Beide Dokumente enthalten Mindestanforderungen, Ziele und Szenarien für den vermehrten Einsatz erneuerbarer Energien ebenso wie eine breite Palette von Maßnahmen, Standards und Anreizen. Auch die Südafrikanische Entwicklungsgemeinschaft (SADC) und die Ostafrikanische Gemeinschaft (EAC) zeigen sich verstärkt interessiert



Policy Briefing in Brüssel mit Ottmar Edenhofer

an erneuerbaren Energielösungen für einen besseren Energiezugang. In Südafrika ist man schon dabei, eine mit ECREEE vergleichbare Institution aufzubauen, die sich als Herzstück der südafrikanischen SE4All-Initiative etablieren soll. Der Prozess wird unterstützt von der UNIDO, der EU Energy Initiative Partnership Dialogue Facility sowie von Österreich.

Vom Wort zur Tat

Aber auch Deutschland engagiert sich zunehmend bei der Förderung erneuerbarer Energielösungen für Afrika. Franz Marré, Leiter des zuständigen Referats im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), wies in Potsdam etwa darauf hin, dass sein Ministerium Ende 2012 angekündigt hat, die afrikanischen Partner dabei zu unterstützen, zusätzlichen 100 Millionen Menschen den Zugang zu Energie bis zum Jahre 2030 zu ermöglichen. Der Anteil der deutschen ODA-Leistung im Bereich erneuerbare Energie und Energieeffizienz soll dafür von 1,8 Milliarden heute auf 3,6 Milliarden Euro bis in das Jahr 2030 wachsen.

ODA-Mittel allein werden den erneuerbaren Energien jedoch nicht zum Durchbruch verhelfen – auch das privatwirtschaftliche Engagement wird steigen müssen. Dafür braucht es auf nationaler, regionaler und kontinentaler Ebene stabile politische Rahmenbedingungen für Investitionen. Instrumente wie Steuern, Subventionen, Anreizsysteme sowie Einspeisetarife und -gesetze können schließlich flankierend eine Energiewende „made in Africa“ unterstützen.

Herausforderung Klimawandel

Die Bedeutung strategischer Allianzen im Energiebereich und eine Trendwende weg von fossilen hin zu

erneuerbaren Energien waren auch Thema des ersten sef: Policy Briefings in Brüssel am 26. März 2013. An diesem Abend stellte der deutsche Ökonom Ottmar Edenhofer, Professor für die Ökonomie des Klimawandels an der Technischen Universität Berlin, Vorsitzender der Arbeitsgruppe III des Weltklimarates und stv. Direktor des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung, seinen Beitrag zum sef:-Standardwerk Globale Trends 2013 vor. In diesem spricht er sich für eine rasche De-Karbonisierung des Erdsystems aus, da „die Atmosphäre bald voll sein (werde)“ – mit katastrophalen Konsequenzen. Derzeit ist aber genau das Gegenteil zu beobachten: „Eine Renaissance der Kohle“, hervorgerufen nicht zuletzt durch die stetige Verteuerung von Erdöl und Gas. Und von der Kohle ist noch genug im Boden, um Jahrzehnte so weiterzumachen. Dies müsse die Politik mit neuen Instrumenten wie etwa dem „carbon pricing“ oder auch der Ausweitung der CCS-Technologie verhindern, mahnte Edenhofer. Dabei erhielt er Rückenwind vom Europaabgeordneten Jo Leinen: „Nichts zu unternehmen wäre ein Verbrechen.“

Global Governance Spotlight 5|2013

Transparenz im Rohstoffbereich. Grundlage für nachhaltige Entwicklung Raimund Bleischwitz



Wenn ein Land seine Steuereinnahmen im Jahresverlauf vervierfachen kann, sollte man aufhorchen. Das afrikanische Bergbauland Ghana hat seine Einnahmen aus der einheimischen Rohstoffförderung von 2010 auf 2011 in dieser Größenordnung erhöht. Ursache dafür sind internationale Regelungen zur verbesserten Transparenz über finanzielle Transaktionen in der Energie- und Rohstoffindustrie, die die Möglichkeiten zur Steuerflucht erschweren. Das Spotlight 5|2013 skizziert die neuen Regelungen und den Stand ihrer Umsetzung, die Herausforderungen für rohstoffreiche Entwicklungsländer und die Industrie sowie die Rolle der USA, Deutschlands und der EU. Die abschließenden Handlungsempfehlungen betreffen internationale Maßnahmen gegen den Missbrauch von Gewinnen aus der Rohstoff-Förderung, aber auch eine bessere institutionelle Einbettung der Maßnahmen. Zudem wird diskutiert, wie das globale Wirkungsgeflecht um Land, Energie, Nahrungsmittel, Wasser und mineralische Rohstoffe (Ressourcen-Nexus) in eine verbesserte Wissensbasis für Entscheidungsträger einbezogen werden kann.

Afrika braucht Gesetze für mehr erneuerbare Energie

Interview mit Abubakar S. Sambo, energiepolitischer Berater des nigerianischen Präsidenten

Herr Sambo, die afrikanischen Staaten verfügen über höchst unterschiedliche Energieressourcen. Sehen Sie dennoch künftig die Chance auf eine konzertierte und systematische regionale Energiepolitik?

Sambo: Tatsächlich sind die Energieressourcen sehr ungleich verteilt. Das sollte man aber als Stärke begreifen. Länder mit einer erheblichen Menge an



Energie könnten dazu beitragen, den Zugang für die ressourcenärmeren Staaten zu erleichtern. Dies könnte neue Partnerschaften in der Region, innerhalb des Kontinents, begründen. Ich gehe davon aus, dass in den nächsten Jahrzehnten solch grenzüberschreitenden Partnerschaften verstärkt werden.

Welche Rolle kann der Weltenergierat, dem Sie angehören, in einem solchen Prozess einnehmen?

Der Weltenergierat hat es sich zum Ziel gesetzt, nachhaltige Energie zum größten Nutzen der Menschheit zu fördern. Die afrikanischen Länder, für die ich den stellvertretenden Vorsitz ausübe, kommen in eigenen Versammlungen zusammen, um über ihre Belange zu beraten. Wir versuchen den Ländern, die noch hinterherzuhinken scheinen, die Augen zu öffnen, damit auch sie nachhaltige Energielösungen für ihr Volk finden. Dazu informieren wir die Regierungen über globale Initiativen zu umweltfreundlicheren Energietechnologien, zu erneuerbaren Energien und zu Energieeffizienz sowie zu sauberen Kohle-Technologien wie Carbon Capture.

Wie kann das Potenzial der erneuerbaren Energien in den afrikanischen Ländern freigesetzt werden?

Das Potenzial erneuerbarer Energien scheint in Afrika noch versperrt zu sein. Um es freizusetzen benötigen wir leistungsfähige Energie-Masterpläne. Aber in vielen afrikanischen Ländern ist die Demokratie noch schwach, volatil, jung. So kommt es, dass politische Beschlüsse häufig mit dem Wechsel einer gewählten Regierung zur nächsten wieder geändert werden. Es scheint mir daher notwendig, erneuerbare Energiepolitik in Gesetzen zu verankern. Das

würde bei der Umsetzung helfen. Abgesehen von der Politik müssen afrikanische Länder ihren Energiesektor aber auch stärker den Märkten öffnen. Die Volkswirtschaften müssen dabei der Privatwirtschaft eine größere Rolle beimessen, um dieses Ziel zu erreichen. Ich möchte hinzufügen, dass bereits Entwicklungen bei der Etablierung von Anreizsystemen zum Ausbau erneuerbarer Energien zu beobachten sind, bspw. durch Einspeisetarife. Auch gibt es schon Fonds, die den Armen zugutekommen, die nicht in der Lage sind, den vollen kommerziellen Preis für Energie zu zahlen.

Kann Afrika die Energiearmut bis 2030 beseitigen?

Ja, das können wir. Es braucht nicht mehr als zwei oder drei, maximal fünf Jahre, um die entsprechenden Richtlinien und Gesetze auszuarbeiten und zu verabschieden. Dann bleiben die restlichen 12 Jahre für die Umsetzung. Allerdings benötigen wir dazu den politischen Willen auf höchster Ebene. Die Präsidenten der afrikanischen Länder sollten sich zu solchen Initiativen verpflichten. In einigen Ländern ist das aber noch nicht der Fall. Diese Länder werden sehr hart kämpfen müssen (...). Also ja, es ist möglich und ich denke afrikanische Länder sollten ermutigt werden, darauf hinzuarbeiten.

Foreign Voices 1|2013

The Path to Sustainable Energy For All: Biofuels Production and Food Security in Tanzania

Geoffrey Reuben John

Die Ausgabe 1|2013 der Foreign Voices widmet sich der Diskussion um Vor- und Nachteile von Biokraftstoffen. Am Beispiel Tansania zeigt der Autor Professor Geoffrey R. John, Vorsitzender der Tanzania Renewable Energy Association, welche Gefahren sich aus dem vermehrten Anbau von Biokraftstoffen für die Ernährungssicherheit der Kleinbauern ergeben könnten und fordert von der Politik mehr Klarheit.



Abrüstung als globale Herausforderung

Knapp 70 Jahre nach Hiroshima ist die weltweite Bedrohung durch Nuklearschläge noch immer aktuell. Zwar hat sich die Zahl der Atomwaffen in den letzten Jahrzehnten verringert, dennoch gibt es heute fast 18.000 von ihnen – knapp 2.000 sind kurzfristig einsatzbereit. Gleichzeitig ist die Zahl der



© Christoph Petras/Käte Hamburger Kolleg

5. Käte Hamburger Lecture: Ramesh Thakur

nuklear bewaffneten Staaten auf neun angestiegen. „Kein glückliches Bild“ gebe die derzeitige Situation ab, berichtete Professor Ramesh Thakur in seinem Vortrag anlässlich der 5. Käte Hamburger Lecture am 12. Juni in Berlin, die Agenda nuklearer Abrüstung sei zum Stillstand gekommen. Seine düstere

Einschätzung gründete dabei unter anderem auf dem im April 2013 veröffentlichten Bericht des Zentrums für Nicht-Weiterverbreitung und Abrüstung mit dem Titel „Nuclear Weapons: The State of Play“. Dieser schlussfolgert, dass die Atomwaffenstaaten für die endgültige Vernichtung von Nuklearwaffen bislang nur Lippenbekenntnisse abgegeben haben und wirkliche Durchbrüche weiter auf sich warten lassen. Aber auch bei der Nicht-Verbreitung sind vor allem weniger ehrgeizige und einfacher zu realisierende Ziele („low hanging fruits“) als Verhandlungserfolge deklariert worden. Und selbst von diesen erweisen sich einige als nicht besonders folgenreich: So ist beispielsweise bestimmt worden, welche Regierung künftig eine Konferenz zu einer atomwaffenfreien Zone im Nahen Osten ausrichten solle – die Konferenz selbst wurde aber auf unbestimmte Zeit verschoben. Für die mangelnden Erfolge machte Thakur unter anderem die gegenwärtige Konferenzdiplomatie mitverantwortlich, da auch wichtige Themen nicht auf Ebene der Staats- und Regierungschefs, sondern auf Ministerebene verhandelt würden. Diese aber besitzen nicht die notwendige Durchsetzungskraft. In den Bereichen der Nicht-Weiterverbreitung sowie der nuklearen Sicherheit und der friedlichen Nutzung von Atomkraft wurden zwar einige Fortschritte erzielt, für Thakur haben diese allerdings nur eine geringe Bedeutung, da der Abschaffung Priorität eingeräumt werden müsse. „Wenn wir nukleare Nicht-Verbreitung wollen, müssen wir für die nukleare Abrüstung bereit sein“, so der Experte. Andernfalls werde die Zahl der Akteure mit Atomwaffen weiter zunehmen und damit auch das Risiko, dass sie nochmals zur Anwendung kommen – mit katastrophalen Folgen für alles Leben auf dem Planeten Erde.

Global Governance Spotlight 3|2013

Der Waffenhandelsvertrag – Ist das Glas halb voll oder halb leer?
Herbert Wulf

Nach mehreren vergeblichen Anläufen wurde im April 2013 in der UN-Vollversammlung der Text für einen globalen Waffenhandelsvertrag (Arms Trade Treaty, ATT) angenommen. Nach der Vertagung im Jahr zuvor und der Ablehnung durch den Iran, Nordkorea und Syrien Ende März 2013 war es nach Meinung mancher Delegierter und Menschenrechtsorganisationen ein „historischer Moment“. Im Global Governance Spotlight 3|2013 analysiert der Autor Herbert Wulf, ob und unter welchen Umständen der Vertrag den hohen Erwartungen entsprechen kann und welche tatsächlichen Konsequenzen dies für den internationalen Waffenhandel nach sich ziehen wird.



Global Governance Spotlight 4|2013

Der Status quo ist keine Lösung. Nuklearwaffen als Herausforderung für Global Governance
Ramesh Thakur

In den neun nuklear bewaffneten Staaten existieren immer noch fast 18.000 Atomwaffen, von denen knapp 2.000 kurzfristig einsatzbereit sind. In seinem Global Governance Spotlight 4|2013 analysiert der Autor Ramesh Thakur internationale Fort- und Rückschritte in den Bereichen nuklearer Abrüstung, Nicht-Verbreitung sowie nuklearer Sicherheit und kommt dabei zu einem ernüchternden Ergebnis. Thakur gibt aber auch konkrete Empfehlungen, wie Atomwaffen künftig unter einem effektiv und glaubwürdig arbeitenden internationalen Regime sichergestellt, kontrolliert, reguliert, beschränkt und geächtet werden können.



In guter Verfassung?

In den vergangenen zwanzig Jahren hat der Anteil demokratisch verfasster Staaten weltweit zugenommen. Diese Entwicklung verlief jedoch alles andere



© Auswärtiges Amt

Sihem Bensedrine vom Nationalen Rat für Freiheit in Tunesien

als gradlinig. Vielmehr kam der Trend nach den erfolgreichen Demokratisierungsprozessen der 1990er Jahre in Mittel- und Osteuropa zur Jahrtausendwende ins Stocken. Der Ende 2010 in Nordafrika und im

Nahen Osten einsetzende „Arabische Frühling“ war zunächst mit großen Erwartungen verbunden, die allerdings mittlerweile einer nüchternen Einschätzung der Umbrüche gewichen sind. Es bewahrheitet sich, dass Demokratisierung ein schwieriger Weg ist, nicht selten auch von Gewalt und Rückschlägen begleitet. Warum das so ist und welche Faktoren über Erfolg bzw. Misserfolg der externen Demokratieförderung entscheiden, wurde am 7. Mai im Auswärtigen Amt anlässlich des 32. Forums Globale Fragen mit Experten aus Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft diskutiert. Die Stiftung Entwicklung und Frieden (sef) und das Institut für Entwicklung und Frieden (INEF) waren Kooperationspartner der Veranstaltung. Einer der Höhepunkte war sicherlich die Rede der tunesischen Journalistin und Menschenrechtsaktivistin Sihem Bensedrine, die von Herausforderungen und Fortschritten im damals aktuellen (und heute erfolgreich abgeschlossenen) Verfassungsgebungsprozess berichtete. Das Verlangen der Menschen nach einem solchem Grundgesetz, das dem Staat Grenzen setzt und gleichzeitig dem Einzelnen seine Bürgerrechte garantiert, gilt als Kern der Freiheitsbewegung im Land. Bei den Verhandlungen war vor allem die Rolle der Religion ein kritischer Punkt, aber auch über die Rolle der Frau bzw. die Gleichberechtigung wurde intensiv debattiert. Wichtig, so Sihem Bensedrine, sei jedoch vor allem eins, nämlich dass „erstmal in Tunesien die Zukunft des Landes öffentlich diskutiert wird“.

Foreign Voices 2|2013

Consolidating Electoral Democracy in Africa. The Case of Kenya 2013

Felix Odhiambo Owuor

Der Kampf für Mehrparteiendemokratien in Afrika begann in den frühen 1990er Jahren und gewann bis Mitte des Jahrzehnts an Bedeutung. Doch während 20 Jahre eigentlich ausreichend Zeit bieten sollten, um von den Verheißungen einer solchen Demokratie zu profitieren, wird stattdessen eine Debatte über den Zusammenhang zwischen Wahlen und demokratischer Konsolidierung auf dem Kontinent geführt, argumentiert Felix Odhiambo vom Electoral Institute for Sustainable Democracy in Kenya in seinen Foreign Voices 2|2013. Zahlreiche Wahlen innerhalb der letzten zehn Jahre (z.B. Nigeria 2003 und 2009, Kenia 2007, Simbabwe 2008, Cote d'Ivoire 2010) hätten Legitimität und Glaubwürdigkeit vermissen lassen und eines gezeigt: regelmäßige Wahlen seien nicht von selbst eine Garantie für eine nachhaltige Demokratie.



Global Governance Spotlight 2|2013

Ein steiniger Weg. Herausforderungen externer Demokratieförderung

Stephen Brown

Nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Blocks und dem Ende des Kalten Krieges schien die Demokratie weltweit zu triumphieren – zahlreiche westliche außenpolitische Entscheidungsträger, Kommentatoren und Wissenschaftler äußerten grenzenlosen Optimismus, der jedoch bereits Ende der 1990er Jahre einer Ernüchterung wich. Die unerwartet hohen Hindernisse für eine erfolgreiche Demokratieförderung haben zusammen mit dem mangelnden Engagement internationaler Akteure zu rückläufiger Demokratieförderung im vergangenen Jahrzehnt geführt. In der Ausgabe Global Governance Spotlight 2|2013 analysiert Autor Stephen Brown, auch vor dem Hintergrund der jüngsten Ereignisse in Nordafrika und im Nahen Osten, welche Schritte zur Verbesserung der Effektivität von Demokratieförderung dennoch möglich sind.



: Intern

Feierliche Verabschiedung von Professor Dr. Dr. h.c. Dieter Senghaas als Vorsitzendem des Beirates

Mit einer musikalischen Feierstunde im Bremer Rathaus verabschiedete die Stiftung Entwicklung und Frieden am 10. Oktober 2013 ihren langjährigen Beiratsvorsitzenden Prof. Dr. Dr. h.c. Dieter Senghaas. Nach über 25 Jahren ging damit eine Ära zuende.



Feierliche Verabschiedung von Dieter Senghaas als Vorsitzendem des Beirates der Stiftung Entwicklung und Frieden, Bremer Rathaus

Die sef: Vorstandsvorsitzende Karin Kortmann würdigte Professor Senghaas als eine unerschöpfliche Quelle der Inspiration. Er habe die Stiftung mit wissenschaftlichem Rat und strategischen Überlegungen, aber ebenso als „väterlicher Freund“ durch ihre teils wechselvolle und von immer wieder neuen Herausforderungen geprägte Entwicklung begleitet. „Ihrem wissenschaftlichen Wirken ist in all seiner Fülle und Breite eins gemeinsam: die stete Suche nach den Grundbedingungen einer friedlichen Koexistenz in einer pluralisierten und politisierten Welt“, so Kortmann weiter. „Vor dem Hintergrund dieses zutiefst humanistischen Anliegens haben Sie über nunmehr ein halbes Jahrhundert hinweg aktuelle Entwicklungen in den internationalen Beziehungen analysiert, interpretiert und kommentiert.“

sef: Gründungsmitglied Professor Kurt Biedenkopf äußerte in seinem schriftlichen Grußwort folgenden Wunsch: „Viele von Ihnen vorausgesehene Entwicklungen sind inzwischen Realität geworden. (...) Ihre Gedanken und Erkenntnisse zu Wirtschaftsordnungen und Entwicklungsproblemen der Dritten Welt, Ihre Überlegungen zur strukturellen Abhängigkeit der Peripherie von den Metropolen und Ihre Entwicklungstheorie, die Sie im ‚Zivilisatorischen Hexagon‘ auf plausible Weise dargestellt haben, werden – so wünsche ich mir – in den kommenden Jahren wirksamer werden als in der Vergangenheit.“

Und der stellvertretende Vorsitzende des sef: Kuratoriums, Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit, formulierte zu diesem Anlass: „Als Gründungsmitglied und Vorsitzender des sef: Beirates haben Sie die Stiftung Entwicklung und Frieden ganz wesentlich geprägt und dafür Sorge getragen, dass die der sef: zugrundeliegende Vision der Gestaltung einer gerechteren und friedlicheren Welt ungebrochen große Strahlkraft besitzt. Es ist Ihr besonderer Verdienst, dass sich die Stiftung als Dialogforum für die zentralen Zukunftsthemen in einer sich rasant wandelnden globalisierten Welt erfolgreich etabliert hat und es ihr gelingt, wichtige inhaltliche Akzente in der aktuellen politischen und gesellschaftlichen Debatte zu setzen.“

Eine Diskussionsrunde zum Thema „Weltordnung in der zerklüfteten Welt. Wege zu angemessenen Ordnungsstrukturen für das 21. Jahrhundert“ rundete den inhaltlichen Teil der Veranstaltung ab. Wie stellt sich die Zerklüftung der Welt, die Professor Senghaas in den 1990er Jahren beschrieben hat, heute dar? Und was bedeutet sie für einen möglichen globalen Ordnungsrahmen? Über diese Fragen diskutierten Prof. Dr. Michael Brzoska, Prof. Dr. Eva Senghaas-Knobloch und Prof. Dr. Michael Zürn unter der Moderation von Prof. Dr. Lothar Brock.

Die Hauptrolle an diesem Abend spielten jedoch Peter Schöne (Bariton) und Olga Monakh (Klavier), die mit viel Ausdruck und Leidenschaft Lieder zu den Themen „Gesichter des Krieges“, „Im Exil“ sowie „Ein Zeichen der Hoffnung“ von Johannes Brahms, Paul Dessau, Hanns Eisler, Moritz Eggert, Carl Loewe, Gustav Mahler, Franz Schubert, Robert Schumann und Hugo Wolf vortrugen.



Musikalische Beiträge: Peter Schöne, Bariton, und Olga Monakh, Klavier

Finanzbericht

Das Jahr 2013 war erneut von stagnierenden Erträgen aus Finanzanlagen gekennzeichnet. Der Erholung am Aktienmarkt standen die weiterhin äußerst niedrigen Erträge bei festverzinslichen Wertpapieren gegenüber, was sich auch bei den Erträgen der von der sef: gehaltenen nachhaltigen Fonds bemerkbar machte. In Summe lagen die Erträge aus dem Stiftungskapital mit rund 8.000 Euro dennoch etwas über dem Vorjahr.

Bei den Zuschüssen von Kooperationspartnern und Förderern zu den Projekten der sef: konnte das Niveau des Vorjahres wieder nahezu erreicht werden. Auf der Ausgabenseite ist es der sef: gelungen bei den Betriebskosten sowie bei den Projekten Einsparungen zu erzielen.

Insgesamt konnte das Jahr daher mit einer Zuführung zur Rücklage in Höhe von 35.173,92 Euro abgeschlossen werden.

Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2013

	EUR	31.12.2013 EUR	EUR	31.12.2012 EUR
I. Erträge				
Erlöse (Verlagshonorare, Lizenzen, Buchverkauf)		2.923,90		513,42
Erträge Finanzanlagen (abzgl. Stückzinsen Vorjahr)		236.425,37		228.269,29
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		23.253,12		22.452,36
Zinsen Girokonten und liquide Mittel (Festgeld)	372,69		1.139,28	
Buchgewinne aus Abgängen Finanz- und Sachanlagen	0,00		0,00	
Versicherungsentschädigung	4.744,31		3.740,88	
Sonstige Erträge (Bestandsvergütung, Aufl. von Rückst., ...)	18.136,12		17.572,20	
Zuwendungen		197.117,30		206.644,76
Personalkostenzuschuss Land NRW	151.200,00		151.200,00	
Projektzuschüsse aufgewendet	45.917,30		55.444,76	
Spenden	0,00		0,00	
Summe Erträge		459.719,69		457.879,83
II. Aufwendungen				
Projekte		-120.238,79		-157.658,20
Veröffentlichungen	-9.589,95		-47.634,54	
Veranstaltungen	-101.942,67		-90.691,48	
Website und Öffentlichkeitsarbeit	-7.465,94		-18.768,88	
Sonstige Projektkosten	-1.240,23		-563,30	
Personalaufwand		-254.431,33		-243.757,76
Löhne und Gehälter	-202.152,76		-193.613,46	
Soziale Abgaben und Aufw. zur Altersversorgung	-52.278,57		-50.144,30	
Honorare Projektmitarbeiter	0,00		0,00	
Abschreibungen		-2.988,90		-3.699,75
Sonstige betriebliche Aufwendungen		-46.882,75		-50.505,91
Miete inkl. NK, Reinigung, Reparaturen	-17.602,30		-17.491,81	
Versicherungen und Beiträge	-1.608,45		-1.969,41	
EDV (Beratung, Betreuung)	-3.144,59		-2.512,88	
Leasing, Miete und Wartung Geräte	-3.563,44		-3.395,14	
Telefon und Internet Standleitung	-972,25		-984,77	
Buchführung, StB, Abschluss- und Prüfungskosten	-7.467,07		-7.329,05	
Betriebskosten (Bürobedarf, Porto, Bank, RK GF, ...)	-6.846,79		-10.240,06	
Gremien	-5.677,86		-6.582,79	
Verluste aus Abgang Anlagevermögen		-4,00		-3,50
Summe Aufwendungen		-424.545,77		-455.625,12
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag		35.173,92		2.254,71
Einstellung in/Entnahme aus der Rücklage gem. § 58 Nr. 7a AO		-35.173,92		-2.254,71
Bilanzgewinn/-verlust		0,00		0,00

: Anhang

Übersicht über die Veranstaltungen und Publikationen 2013

Veranstaltungen 2013

Workshop für Experten der Bundesländer

Thema:	In globaler Verantwortung handeln – Maßnahmen zur Umsetzung der entwicklungspolitischen Leitlinien der Bundesländer
Programmbereich:	Welt im Wandel – Zukunftsfragen der Entwicklungspolitik
Ort/Termin:	Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen, Stadttor, Düsseldorf 4.-5. März 2013
Förderung:	Land Nordrhein-Westfalen

sef: Policy Briefing

Thema:	Transforming the Global Energy System. Pathways Towards a Sustainable Energy Supply
Programmbereich:	Welt im Wandel – Zukunftsfragen der Entwicklungspolitik
Ort/Termin:	NRW-Landesvertretung in Brüssel, 26. März 2013
Förderung:	Tagungsräumlichkeiten durch das Stifterland Nordrhein-Westfalen

Potsdamer Frühjahrsgespräche 2013

Thema:	Energieversorgung in Afrika. Herausforderungen und Chancen regionaler Integration
Programmbereich:	Welt im Wandel – Zukunftsfragen der Entwicklungspolitik
Ort/Termin:	Hotel Voltaire, Potsdam, 26.-27. April 2013
Kooperation:	Renner Institut, Wien; Zeitschrift WeltTrends, Potsdam
Förderung:	Empfang durch das Stifterland Brandenburg

32. Forum Globale Fragen

Thema:	Im Namen des Volkes? Erfolgsfaktoren und Fallstricke externer Demokratieförderung
Programmbereich:	Neue Formen des Weltregierens auf dem Prüfstand
Ort/Termin:	Auswärtiges Amt, 7. Mai 2013
Kooperation:	Institut für Entwicklung und Frieden, Duisburg
Veranstalter:	Auswärtiges Amt

Entwicklungspolitische Fachtage im Rahmen der Asien-Pazifik-Wochen 2013

Thema:	Städte im Wandel - Vorreiter für nachhaltige Entwicklung
Programmbereich:	Neue Formen des Weltregierens auf dem Prüfstand
Ort/Termin:	GIZ-Haus Berlin und Haus der EKD Berlin, 10.-12. Juni 2013, Berlin
Kooperation:	Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit (LEZ) der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung, Berlin und der Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ), Berlin

5. Käte Hamburger Lecture

Thema:	Global Governance and the State of Nuclear Weapons
Programmbereich:	Neue Formen des Weltregierens auf dem Prüfstand
Ort/Termin:	Haus der EKD, Berlin, 12. Juni 2013
Veranstalter:	Käte Hamburger Kolleg

sef: Expertenworkshop 2013

Thema:	Shifting Parameters. The Post-2015 Process and the Future of International Cooperation for Development
Programmbereich:	Neue Formen des Weltregierens auf dem Prüfstand
Ort/Termin:	Katholische Akademie Berlin, 12.-13. September 2013

Bonn Symposium 2013

Thema:	Lokale Akteure und die Post-2015-Agenda. Good local governance als Voraussetzung für Entwicklung
Programmbereich:	Welt im Wandel – Zukunftsfragen der Entwicklungspolitik
Ort/Termin:	Deutsche Welle, Bonn, 28.-29. November 2013
Kooperation:	Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien des Landes Nordrhein-Westfalen; Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW), Engagement Global gGmbH
Förderung:	Deutsche Welle; Empfang durch die Stadt Bonn; Stiftung Internationale Begegnung der Sparkasse in Bonn

Publikationen 2013**Global Governance Spotlight 1|2013, Januar**

Titel:	Die Post-2015-Agenda. Gemeinsame Ziele für Entwicklung und Nachhaltigkeit
Programmbereich:	Welt im Wandel – Zukunftsfragen der Entwicklungspolitik
Autor:	Jens Martens

Global Governance Spotlight 2|2013, April

Titel:	Ein steiniger Weg. Herausforderungen externer Demokratieförderung
Programmbereich:	Neue Formen des Weltregierens auf dem Prüfstand
Autor:	Stephen Brown

Global Governance Spotlight 3|2013, Mai

Titel:	Der Waffenhandelsvertrag – Ist das Glas halb voll oder halb leer?
Programmbereich:	Neue Formen des Weltregierens auf dem Prüfstand
Autor:	Herbert Wulf

Global Governance Spotlight 4|2013, Juni

Titel:	Der Status quo ist keine Lösung. Nuklearwaffen als Herausforderung für Global Governance
Programmbereich:	Neue Formen des Weltregierens auf dem Prüfstand
Autor:	Ramesh Thakur

Global Governance Spotlight 5|2013, Juni

Titel:	Transparenz im Rohstoffbereich. Grundlage für nachhaltige Entwicklung
Programmbereich:	Welt im Wandel – Zukunftsfragen der Entwicklungspolitik
Autor:	Raimund Bleischwitz

Global Governance Spotlight 6|2013, Juli

Titel:	Global Governance für Gesundheit. Auf der Suche nach Führung
Programmbereich:	Neue Formen des Weltregierens auf dem Prüfstand
Autorin:	Cornelia Ulbert

Global Governance Spotlight 7|2013, Oktober

Titel:	Die Minamata-Konvention. Hin zu einer Welt ohne Quecksilber?
Programmbereich:	Neue Formen des Weltregierens auf dem Prüfstand
Autoren:	Elena Lymberidi-Settimo und Michael T. Bender

Global Governance Spotlight 8|2013, Dezember

Titel:	Quo Vadis, Weltbank? Zur Reform der sozialen und ökologischen Standards
Programmbereich:	Welt im Wandel – Zukunftsfragen der Entwicklungspolitik
Autor:	Christian Scheper

Foreign Voices 1|2013, April

Titel:	The Path to Sustainable Energy For All: Biofuels Production and Food Security in Tanzania
Programmbereich:	Menschliche Sicherheit und internationale Verantwortung im Zeichen des Klimawandels
Autor:	Geoffrey Reuben John



Foreign Voices 2|2013, Juni

Titel: Consolidating Electoral Democracy in Africa. The Case of Kenya 2013
Programmbereich: Welt im Wandel – Zukunftsfragen der Entwicklungspolitik
Autor: Felix Odhiambo Owuor

Foreign Voices 3|2013, Juni

Titel: Regional Energy Integration in West Africa. The Journey so Far
Programmbereich: Menschliche Sicherheit und internationale Verantwortung im Zeichen des Klimawandels
Autor: Hyacinth Elayo

Foreign Voices 4|2013, September

Titel: The Post-2015 Development Agenda. Addressing Structural Injustice
Programmbereich: Welt im Wandel – Zukunftsfragen der Entwicklungspolitik
Autor: Rehman Sobhan

SEF/INEF News, Februar 2013

Titel: Faire und Nachhaltige Beschaffung der Bundesländer

SEF/INEF News, April 2013

Titel: Trendsetter in Sachen Sonne? Afrikas Weg zu einer nachhaltigen Energieversorgung

SEF/INEF News, Mai 2013

Titel: Green Cities – Städte der Zukunft

SEF/INEF News, Juli 2013

Titel: Auf der Suche nach Führung: Global Governance für Gesundheit

SEF/INEF News, September 2013

Titel: Die Zukunft der internationalen Zusammenarbeit für Entwicklung

SEF/INEF News, November 2013

Titel: Von der lokalen Agenda 21 zu den Post 2015-Entwicklungszielen

SEF/INEF News, Dezember 2013

Titel: Weltbank Safeguard Policies: Wohin steuert der aktuelle Reformprozess?

Jahresbericht, April 2013

Titel: Die SEF 2012: Perspektiven auf Global Governance

Video-Interview mit Odala Matupa

Funktion: Programme Officer Energy, SADC Secretariat, Gaborone
Veranstaltung: Potsdamer Frühjahrsgespräche 2013

Video-Interview mit Professor Abubakar S. Sambo

Funktion: Special Energy Adviser to the Nigerian President, Abuja
Veranstaltung: Potsdamer Frühjahrsgespräche 2013

Video-Interview mit Liqa Raschid-Sally

Funktion: International Water Management Institute (IWMI), Colombo
Veranstaltung: Entwicklungspolitische Fachtage im Rahmen der Asien-Pazifik-Wochen 2013

Video-Interview mit Franklin Oduro

Funktion: Head of Research and Programs,
Ghana Centre for Democratic Development (CDD), Accra
Veranstaltung: Bonn Symposium 2013



Übersicht über die Gremien 2013

Die Amtszeiten von Kuratorium und Beirat endeten zum 31. Dezember 2013. Das Kuratorium benannte auf seiner Sitzung vom 29. Oktober 2013 einen neuen Beirat, dessen Vorsitz zum 1. Januar 2014 Prof. Dr. Lothar Brock übernimmt.

sef: Kuratorium (Stand: 31. Dezember 2013)

Vorsitzende des Kuratoriums

Hannelore Kraft
Ministerpräsidentin des Landes
Nordrhein-Westfalen

Stellvertretende Vorsitzende

Matthias Platzeck
Ministerpräsident a.D. des Landes Brandenburg

Stanislaw Tillich
Ministerpräsident des Freistaates Sachsen

Klaus Wowereit
Regierender Bürgermeister von Berlin



Tobias Debiel beim 32. Forum Globale Fragen, Auswärtiges Amt Berlin

Weitere Mitglieder des Kuratoriums

Guido Beermann
Staatssekretär in der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung des Landes Berlin

Bärbel Beuermann MdL
Mitglied im Landtag Nordrhein-Westfalen a.D.,
Herne

Ilka Freifrau von Boeselager MdL
Mitglied im Ausschuss für Europa und Eine Welt des
Landtags Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

Prof. Dr. Ing. Dr. h.c. Janos J. Bogardi
Senior Advisor beim Global Water System Projekt an
der Universität Bonn

Elmar Brok MdEP
Vorsitzender des Ausschusses für Auswärtige
Angelegenheiten im Europäischen Parlament,
Bielefeld

Klaus Brückner
Leiter Repräsentanz Berlin
Deutsche Gesellschaft für Internationale
Zusammenarbeit (GIZ), Bonn

Bärbel Dieckmann
Präsidentin der Welthungerhilfe, Bonn

Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestags a.D., Bonn

Stefan Engstfeld MdL
Mitglied im Ausschuss für Europa und Eine Welt im
Landtag Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

Otto Fricke
Mitglied des Deutschen Bundestags a.D., Krefeld

Friederike de Haas
Ausländerbeauftragte des Freistaates Sachsen a.D.,
Dresden

Prof. Dr. Klaus Hänsch
Präsident a.D. des Europäischen Parlaments, Erkrath

Dr. Reinhold Hemker
Lehrbeauftragter an der Universität Münster, Rheine

Renate Hendricks MdL
Mitglied im Ausschuss für Europa und Eine Welt des
Landtags Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

Prof. Dr. Uwe Holtz
Honorarprofessor für Politische Wissenschaft
und Senior Fellow am Zentrum für
Entwicklungsforschung der Universität Bonn

Prof. em. Dr. Dr. h.c. mult. Knut Ipsen
Präsident a.D. des Deutschen Roten Kreuzes,
Bochum

Ulrich Kelber MdB
Parlamentarischer Staatssekretär im
Bundesministerium der Justiz und für
Verbraucherschutz, Berlin

Ute Koczy
Mitglied des Deutschen Bundestags a.D., Berlin

Prof. Dr. Raimund Krämer
Außerplanmäßiger Professor für Internationale und
Vergleichende Politik, Universität Potsdam

Heinz-Joachim Lohmann
Studienleiter für Demokratische Kultur und Kirche
im ländlichen Raum, Evangelische Akademie zu
Berlin

Dr. Martina Münch
Ministerin für Bildung, Jugend und Sport des Landes
Brandenburg, Potsdam

Prof. Dr. Josef Sayer
Ehemaliger Hauptgeschäftsführer und
Vorstandsvorsitzender Misereor, Aachen

Ursula Schäfer
Ehemalige Leiterin des DGB-Informationsbüros
für das Land Brandenburg im DGB Bezirk Berlin-
Brandenburg

Dr. Bernd M. Scherer
Intendant
Haus der Kulturen der Welt, Berlin

Dr. Angelica Schwall-Düren
Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und
Medien des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

Dr. Victor Stimming
Geschäftsführer der Hoch- und
Ingenieurbaugesellschaft mbH Brandenburg

Dr. jur. Ingo Wolf MdL
Mitglied im Ausschuss für Europa und Eine Welt des
Landtages Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

2013 aus dem Kuratorium ausgeschieden:

Ruprecht Polenz
Mitglied des Deutschen Bundestags a.D., Berlin

sef: Vorstand (Stand: 31. Dezember 2013)

Vorsitzende

Karin Kortmann
Parlamentarische Staatssekretärin a.D., Düsseldorf

Stellvertretende Vorsitzende

Dr. Gerd Harms
Staatssekretär a.D., Borkwalde/Berlin

Prof. Dr. Robert Kappel
Präsident Emeritus und Senior Research Fellow des
GIGA Leibniz-Instituts für Globale und Regionale
Studien, Hamburg

Schatzmeister

Nikolaus Hammes
Bankdirektor a.D., Münster

Direktor des INEF

Prof. Dr. Tobias Debiel
Direktor des Instituts für Entwicklung und Frieden
(INEF), Duisburg,
Geschäftsführender Direktor des Käte Hamburger
Kollegs „Politische Kulturen der Weltgesellschaft“



Marianne Beisheim: Mitglied im Vorstand der sef:
seit Oktober 2013

Weiteres Mitglied

Dr. Marianne Beisheim
Wissenschaftliche Mitarbeiterin in der
Forschungsgruppe „Globale Fragen“, Stiftung
Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

2013 aus dem Vorstand ausgeschieden

Prof. Dr. Michael Zürn
Direktor der Abteilung „Transnationale
Konflikte und Internationale Institutionen“ am
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung
(WZB), Berlin

sef: Beirat (Stand: 31. Dezember 2013)**Vorsitzender des Beirats**

Prof. Dr. Dr. h.c. Dieter Senghaas
Institut für Interkulturelle und Internationale
Studien, Universität Bremen

Weitere Mitglieder

Prof. em. Dr. Lothar Brock
Gastforscher an der Hessischen Stiftung für
Friedens- und Konfliktforschung, Frankfurt/Main

Prof. Dr. Nicole Deitelhoff
Professorin für Internationale Beziehungen und
Theorien globaler Ordnung
Johann Wolfgang-Goethe Universität, Frankfurt/
Main

Gernot Erler MdB
Staatsminister a.D.

Prof. Dr. Brigitte Fahrenhorst
Vorsitzende der Society for International
Development (SID) – Berlin Chapter

Adolf Kloke-Lesch
Assoziierter Wissenschaftler, Deutsches Institut für
Entwicklungspolitik (DIE), Bonn

Prof. Dr. Margareta Kulessa
Professorin für Allgemeine Volkswirtschaftslehre
und Internationale Wirtschaftsbeziehungen an der
Fachhochschule Mainz

Prof. Dr. Thilo Maruhn
Professur für Öffentliches Recht, Völkerrecht und
Europarecht
Justus-Liebig-Universität Gießen

Jens Martens
Geschäftsführender Vorstand
Global Policy Forum Europe (GPF), Bonn

Prof. Dr. Henning Melber
Senior Fellow
Dag Hammarskjöld Foundation, Uppsala

Prof. Dr. Joanna Pfaff-Czarnecka
Professorin für Sozialanthropologie
Fakultät für Soziologie, Universität Bielefeld

Prof. Dr. Shalini Randeria
Professorin für Anthropologie und
Entwicklungssoziologie, Graduate Institute of
International and Development Studies, Genf

Cornelia Richter
Vorstandsmitglied der Deutschen Gesellschaft für
Internationale Zusammenarbeit (GIZ), Eschborn

Dr. Klemens van de Sand
Mitglied des Vorstands von Germanwatch, Bonn

Prof. Dr. Siegmund Schmidt
Professor für Internationale Politik und Analyse und
Vergleich politischer Systeme an der Universität
Koblenz-Landau



Lothar Brock als Kommentator bei der 5. Käte
Hamburger Lecture im Haus der EKD, Berlin

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter 2013

Sabine Gerhardt
Wissenschaftliche Referentin/Presse

Rebekka Hannes
Wissenschaftliche Referentin

Heike König
Assistentin der Geschäftsführung

Dr. Michèle Roth
Geschäftsführerin

Gerhard Süß-Jung
Finanz- und Konferenzmanager

Kooperationspartner und Förderer 2013

Im Jahr 2013 kooperierte die sef: erneut mit einer Vielzahl von Projektpartnern. Diese trugen sowohl durch inhaltlichen Rat und die Identifizierung und Vermittlung von Expertinnen und Experten als auch finanziell wesentlich zum Gelingen vieler sef: Vorhaben bei.

Als Mitveranstalter oder Kooperationspartner fungierten 2013 (in alphabetischer Reihenfolge):

- Auswärtiges Amt, Berlin
- Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), Berlin/Bonn/Eschborn
- Institut für Entwicklung und Frieden (INEF), Universität Duisburg-Essen
- Käte Hamburger Kolleg, Duisburg
- Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung, Berlin
- Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien des Landes Nordrhein-Westfalen
- Karl-Renner-Institut, Wien
- Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW), ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH, Bonn
- Zeitschrift WeltTrends, Potsdam

Die sef: dankt zudem den zahlreichen Förderern, die ausgewählte sef:-Projekte durch finanzielle Mittel, durch ihre Räumlichkeiten und/oder durch die Ausrichtung eines Empfangs im Rahmen von sef:-Veranstaltungen unterstützten:

- Bundesstadt Bonn
- Deutsche Welle, Bonn
- sef: Stifterland Berlin
- sef: Stifterland Brandenburg
- sef: Stifterland Nordrhein-Westfalen
- Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung, Berlin
- Stiftung Internationale Begegnung der Sparkasse in Bonn

Die sef: war 2013 Mitglied in folgenden Foren:

- Netz NRW, Verband für Ökologie und soziales Wirtschaften e.V., Oberhausen (Jobticket)
- Plattform Zivile Konfliktbearbeitung
- Verband Entwicklungspolitik Deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO), Bonn



Eröffnung des zweiten Tags der Entwicklungspolitischen Fachtage im Rahmen der Asien-Pazifik-Wochen, GIZ-Repräsentanz Berlin

Stiftung Entwicklung und Frieden (sef:)
Development and Peace Foundation
Dechenstr. 2 : D-53115 Bonn
Tel +49 (0) 228 95925-10 : Fax +49 (0) 228 95925-99
sef@sef-bonn.org : www.sef-bonn.org